

Das Magazin der Bundestagsfraktion

# profil:GRÜN

GRÜNE POLITIK FÜR 2016

**MIT HERZ. MIT MUT.  
MIT WEITBLICK.**

FEBRUAR 2016



[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)



4

## PROFIL:GRÜN IM FEBRUAR 2016

### 4 MIT HERZ. MIT MUT. MIT WEITBLICK.

Flüchtlingskrise, Europa, Klimaschutz, waren die großen Themen unserer Neujahrsklausur in Weimar. Im Interview äußern sich die Fraktionsvorsitzenden *Katrin Göring-Eckardt* und *Anton Hofreiter* zur Rolle der grünen Fraktion und den Beschlüssen für 2016.



18

### 14 PARLAMENT:GRÜN

Unsere parlamentarische Arbeit aus den Arbeitskreisen.

### 18 LÄNDERFINANZAUSGLEICH

Warum die geplante Neuordnung des Länderfinanzausgleichs die Solidarität zwischen den Ländern gefährdet, erklärt *Anja Hajduk*.

### 20 PORTRÄT

Engagement ist ihr Leben: *Kordula Schulz-Asche* im Gespräch mit *Susanne Sporrer* zu ihren politischen Stationen in Berlin, Hessen und Afrika.

### 22 GRÜN UND GRÜNER

Berichte und Bilder unter anderem vom Aktionstag bei der Grünen Woche und der Tagung Junge Flüchtlinge.



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die Silvestervorfälle in Köln haben uns entsetzt. Doch gerade jetzt sind Aufklärung, klare Haltung und eine sachliche Debatte gefragt. Unser geltendes Recht muss angewendet werden. Einen Überbietungswettbewerb um neue Gesetze brauchen wir nicht, manche Probleme lassen sich auch mit einem noch so dicken Bundesgesetzblatt nicht erschlagen. Wo Fehler

passieren oder Lücken erscheinen, gilt es nachzubessern – keine Frage. In Köln fehlte es vor allem an Einsatzkräften, die Taten verhindern und Täter hätten dingfest machen können. Mehr und eine besser ausgestattete Polizei fordern wir schon seit langem.

Jede Frau muss sich jederzeit und überall ohne Angst frei bewegen können. Ein Nein ist ein Nein. Das muss klar markiert und strafrechtlich durchgesetzt werden können. Einen entsprechenden Gesetzentwurf zum Sexualstrafrecht haben wir im letzten Sommer vorgelegt. Den hat die GroKo blockiert. Für uns gilt: Den Gewalttätern von Köln muss unser Rechtsstaat mit der gleichen Härte begegnen wie den rechten Hetzern im Netz und auf den Straßen.

Die Ereignisse von Köln weisen erneut darauf hin, Integration von Anfang an zu ermöglichen. Sie ist der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben. Dafür haben wir auf unserer Fraktionsklausur in Weimar ein Konzept vorlegt: Mehr Deutsch- und Integrationskurse, neue Lehrerinnen und Lehrer, ausreichend bezahlbare Wohnungen – das kommt nicht nur Flüchtlingen, sondern letztlich allen zugute. Integrationscenter vor Ort könnten zudem helfen, Geld, Know-how und Engagement zu bündeln. Und wir brauchen ein Bundesintegrationsministerium.

Ein wichtiges Signal kommt aus Paris. Das dort vereinbarte Klimaabkommen hat eine klare Botschaft: Raus aus den Fossilen, rein in die Erneuerbaren. Dieser Arbeitsauftrag gilt besonders für Deutschland. Unsere grüne Route ist klar: In 20 Jahren aus der Kohle aussteigen, auf grüne Mobilität umsteigen, Öl aus dem Verkehr ziehen. In 30 Jahren klimaneutral bauen und die Landwirtschaft an Flächen und Umwelt angepasst betreiben. Ehrgeizig – aber Wissen und Technologien sind da und die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen ist dazu bereit. Nur die GroKo steht noch auf der Bremse.

2016 bleibt für uns alle viel zu tun. Damit wir alle gewinnen, sind Mut, Weitblick und eine klare Haltung wichtiger denn je.

Herzlich,

**KATRIN GÖRING-ECKARDT**  
Fraktionsvorsitzende

**MIT HERZ. MIT MUT.  
MIT WEITBLICK.**

NEUJAHRSKLAUSUR 2016



*Die Fraktionsvorsitzenden enthüllen das Motto der Neujahrsklausur in Weimar.  
Quelle: Redaktion*

# IM GESPRÄCH

Die ruhigen Jahre sind vorbei. Die Politik muss sich den großen Herausforderungen stellen, die in 2016 und den nächsten Jahren auf uns zukommen. **Profil:** Grün sprach nach der Neujahrsklausur in Weimar mit Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter über die Schwerpunkte der Fraktion und ihre Einschätzung der aktuellen Lage. Lesen Sie ab Seite 8 dazu auch die wichtigsten Ergebnisse der in Weimar gefassten Beschlüsse zu Integration und Klimaschutz.

➤ **Profil:** Zu Beginn des Jahres 2016 scheint unsere Gesellschaft massiv verunsichert. Die Terroranschläge von Paris und Istanbul, ansteigende Gewalt von rechts, die sexuellen Übergriffe in Köln dominieren das Bild. Zugleich hält der Druck auf Kommunen, Behörden und Ehrenamtliche durch die Einwanderungsbewegung an. Wie seht ihr die Rolle der grünen Fraktion in diesen unruhigen Zeiten?

**Katrin:** Als Stimme der Vernunft und einer humanitären Haltung mit Rückgrat. Vieles läuft in der öffentlichen Debatte gerade aus dem Ruder. Es ist wichtig, Kriminalität, sexuelle Gewalt und Terrorgefahr sehr ernst zu nehmen und mit den richtigen Mitteln zu bekämpfen. Selbstverständlich auch dann, wenn die Täter Flüchtlinge sind. Im Moment geraten allerdings alle unter Generalverdacht – unbescholtene Flüchtlinge genauso wie Menschen mit Migrationshintergrund, die schon lange bei uns leben. Rassistische Haltungen dringen weiter in die Köpfe vor, leider bis in die Mitte der Gesellschaft. Das trifft nicht nur die neu Zugewanderten, sondern auch Menschen, die sich für Flüchtlinge und gegen rechte Hetze und Gewalt einsetzen.

**Toni:** Bisher hat sich die Mehrheit unserer Gesellschaft Gott sei Dank nicht von einer weltoffenen und menschenrechtlichen Haltung abbringen lassen. Aber dieser Mehrheit steht eine immer radikaler werdende Minderheit

entgegen. Die Gewalt gegen Flüchtlinge nimmt zu, die rassistische Hetze gegen Migranten und Politiker nimmt unerträgliche Formen an. Dass die Zuwanderung von über einer Million Menschen neben vielen Chancen auch Probleme mit sich bringt, ist doch klar. Aber die Rechten instrumentalisieren sie nach dem Motto: „Da seht ihr’s, wir dürfen niemanden mehr reinlassen.“ Da müssen wir gegenhalten!

➤ **Profil:** Welche Rolle haben die Ereignisse der Silvesternacht und ihre Folgen bei eurer Neujahrsklausur in Weimar gespielt?

**Katrin:** Darüber haben wir natürlich intensiv gesprochen. Viele in unserer Fraktion sind sehr besorgt über die Vorfälle und über die Stimmung im Land. Dass die Zustände in Köln und andernorts sofort instrumentalisiert werden, um pauschal Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen, ist trotzdem nicht hinnehmbar. Dagegen müssen wir klar und mit kühlem Kopf angehen, zugleich aber auch Probleme deutlich benennen. Sexuelle Übergriffe und bandenmäßige Kriminalität, wie wir sie in Köln gesehen haben, sind vollkommen inakzeptabel. Wir fordern schon seit langem, die Polizei in Deutschland besser auszustatten, insbesondere durch mehr Personal.

**Toni:** Die Straftaten müssen aufgeklärt und die Täter bestraft werden, da gibt es keinen Zweifel. Wir wehren uns aber dagegen, wenn solche Vorfälle benutzt werden, um im Eiltempo das Asyl- und Aufenthaltsrecht zu ver-



Foto: St. Kaminski

schärfen, noch bevor überhaupt die Hintergründe klar sind. Das sind die wohlbekannten Reflexe, das ist Politik nach Stimmung, die mit Scheinlösungen ankommt. Das hilft nicht weiter.

**Katrin:** Leider wird von rechts immer wieder der Popanz aufgebaut, bei den grünen Gutmenschen gebe es Tabus oder Denkverbote. Die vermeintlichen Tabus sind in Wirklichkeit eine Fantasie und rhetorische Argumentationsfigur hasserfüllter Menschen, die den Widerspruch gegen ihre Positionen nicht ertragen können. Dabei haben wir Grüne, aber auch Flüchtlingsinitiativen, gerade patriarchalische Strukturen und Gewalt gegen Frauen und Mädchen immer wieder thematisiert, übrigens auch international. Von fremdenfeindlichen Heuchlern müssen wir uns wirklich nicht belehren lassen. Es gibt seit Jahren eine Debatte über sogenannte Parallelgesellschaften, die wird offen, zum Teil lautstark und mitunter leider auch rassistisch geführt. Und natürlich gibt es Integrationsprobleme, über die wir reden müssen und für die wir Lösungen brauchen.

Wir stehen in der Tat vor der Riesenaufgabe, Hunderttausende Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Auf unserer Klausur haben wir auch dazu ein Konzept vorgelegt. Es sieht unter anderem vor, Integrationscenter vor Ort zu installieren, in Bildung, Sprachkurse und Wohnungsbau zu investieren und alle relevanten Bundeskompetenzen in einem Bundesministerium für Migration und Integration zu bündeln. Der soziale Wohnungsbau etwa ist eine Schlüsselfrage, wir wollen die Bundesmittel in diesem Bereich auf zwei Milliarden aufstocken.

**Toni:** Unser Konzept käme nicht nur den neu Eingewanderten zugute, sondern allen sozial Schwachen. Wir müssen vermeiden, dass sich Menschen zulasten anderer benachteiligt fühlen können. Um Ressentiments anzuhetzen, wäre das ein gefundenes Fressen. Immens wichtig ist eine Bildungsoffensive von der frühkindlichen bis zur hochschulischen Bildung. Da wollen wir als Bund die Länder und Kommunen mit jährlich mindestens einer Milliarde Euro zusätzlich unterstützen. Wir fordern seit langem mehr Geld für Bildung, auch diese Mittel würden allen zugutekommen, nicht nur den Flüchtlingen.

## Profil: *Glaubt ihr, dieses Jahr wird im gleichen Maße von der Flüchtlingssituation geprägt sein wie das letzte?*

**Katrin:** Alles deutet darauf hin. Der Krieg in Syrien geht mit unverminderter Brutalität weiter, Menschen sind eingekesselt und verhungern, weite Teile des Irak sind instabil oder unter der Herrschaft des IS, in Afghanistan bleibt die Sicherheitslage prekär. Das Gleiche gilt für Libyen. Auch im nächsten Jahr werden Menschen vor unerträglichen Zuständen in ihren Heimatländern fliehen, viele davon werden zu uns nach Deutschland kommen. Die unmittelbaren Fluchtursachen sind noch lange nicht beseitigt. Wir müssen darauf drängen, dass auch andere europäische Staaten mehr Verantwortung übernehmen. Völlig falsch, auch weil sie falsche Erwartungen wecken, sind dagegen Forderungen wie die nach einer Obergrenze für Flüchtlinge.

Die Flucht- und Migrationsbewegungen, die wir derzeit sehen, haben ein historisches Ausmaß. Das wird uns noch lange beschäftigen. Darüber dürfen wir natürlich die anderen großen Herausforderungen unserer Zeit nicht vernachlässigen, zumal sie mit dieser Frage eng zusammenhängen. Die Klimakrise verschärft sich und treibt

weitere Menschen in die Flucht. Klimaschutz bleibt die vordringlichste politische Aufgabe unserer Zeit, deshalb hat das Thema auch in Weimar breiten Raum eingenommen. In Paris hat sich die Welt auf einen Klimavertrag geeinigt, das war ein großer historischer Schritt. Dieser Vertrag muss nun mit Leben gefüllt werden, Deutschland als große Industrienation steht hier in der Pflicht.

## Profil: *Aber ist Deutschland nicht Vorreiter beim Klimaschutz? Tut die Bundesregierung nicht alles Nötige?*

**Toni:** Eben nicht. Wirtschaftsminister Gabriel bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien und subventioniert alte Kohlekraftwerke mit 1,6 Milliarden Euro. Verkehrsminister Dobrindt verzettelt sich in seinem Maut-Unsinn und baut weiter Straßen für seine bayerischen Spezis, währenddessen steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrssektors ungebremst. Von einer Agrarwende hin zu einer klimaschonenden Landwirtschaft ist nichts zu sehen. Und auch bei der Energieeinsparung im Wärmesektor passiert nichts. Deutschland ist schon lange kein Vorreiter für Klimaschutz mehr. Wenn die Bundesregierung ernst nehmen würde, was sie in Paris unterschrieben hat, dann müsste sie ihren Klimakurs um 180 Grad

wenden. Das selbstgesteckte Ziel von 40 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2020 ist mit dem bisherigen Kurs nicht erreichbar. Das sagen ihre eigenen Experten.

## Profil: *Was schlägt die grüne Fraktion vor?*

**Toni:** Wir haben ein Sofortprogramm für Klimaschutz vorgelegt. Es umfasst die wichtigsten Bereiche Energie, Verkehr, Wärme und Landwirtschaft. Wir wollen den Kohleausstieg in den nächsten 15 bis 20 Jahren. Dazu sollte man jedem Kraftwerksblock ein klares Emissionsbudget geben, darüber hinaus ist dann Schluss. Außerdem müsste man im europäischen Emissionshandel zwei Milliarden überschüssige Zertifikate löschen, sonst ist das Ganze wirkungslos.

Wir wollen in den nächsten zwei Jahrzehnten auch weg vom Öl im Straßenverkehr. Bis dahin müssen wir deutschlandweit umweltfreundlich mobil sein: mit Elektromobilen, Power-to-Gas und viel mehr Bus- und Bahnangeboten. E-Autos könnten wir heute schon stärker fördern mit einer Kaufprämie, die den Technologiewandel ankurbelt. Und wir wollen stärker das Divestment fördern. Da wächst eine internationale Bürgerbewegung heran, die dafür kämpft, dass Anlagekapital aus den Fossilen abgezogen

wird. Auch einige Unternehmen haben sich schon angeschlossen. Solche Impulse brauchen wir nach Paris.

**Katrin:** Das klingt ehrgeizig, ist aber machbar. Andere Staaten könnten nachziehen, das wäre ein Gewinn für den weltweiten Klimaschutz. Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hat in Weimar in einem sehr beeindruckenden Vortrag klargestellt, dass die Klimakrise die größte weltweite Fluchtursache der Zukunft darstellt. Da brauchen wir Politik mit Herz, Mut und Weitblick! Das sind leider nicht die Stärken der großen Koalition.

## Profil: *2015 war ein ganz schön turbulentes Jahr. Was hat euch im Rückblick noch beschäftigt?*

**Toni:** Wird es ein neues Rettungspaket für Griechenland geben? Die Frage hat das erste Halbjahr dominiert. Und dabei hat die Bundesregierung keine gute Figur gemacht. Sie hat die Menschen verunsichert, weil sie kurzfristig, populistisch, uneuropäisch und sehr undiplomatisch agiert hat. Durch sein arrogantes, unnachgiebiges Auftreten hat besonders Wolfgang Schäuble viel Porzellan zerbrochen. In der europäischen Wirtschaftskrise agieren

## BESCHLUSS INTEGRATION: GRÜNE PERSPEKTIVEN FÜR EINE GELINGENDE INTEGRATION

In Deutschland wächst ein neues Zusammenleben. Aus Flüchtlingen werden Nachbarn, Arbeitskolleginnen und -kollegen, Kitafreunde. Über eine Million Menschen haben 2015 bei uns Schutz gesucht, auch in diesem Jahr werden weitere Flüchtlinge kommen. 2016 muss ein Jahr des Aufbruchs zu einem neuen Miteinander werden.

Der Handlungsauftrag lautet, gute Bedingungen für Integration zu schaffen. Dazu gehören ausreichend bezahlbare Wohnungen; neue Lehrerinnen und Lehrer werden gebraucht. Es gilt, mehr Deutschkurse anzubieten und mehr Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Flüchtlinge sollen Neubürgerinnen, Nachbarn und Arbeitskolleginnen werden. Dafür müssen wir gegenseitige Erwartungen ver-

handeln und kulturelle Differenzen abbauen. Integration ist eine Aufgabe, die nicht nur Flüchtlinge betrifft, sondern all diejenigen, die in Deutschland an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Unsere Verfassung gilt für alle, egal ob jemand aus Damaskus oder Dresden kommt. Alle haben ein Recht auf Menschenwürde, Freiheit und gleichberechtigte Teilhabe in einer offenen, demokratischen Gesellschaft und einem gemeinsamen Europa. Das sicherzustellen ist in erster Linie Aufgabe staatlicher Institutionen und der Politik.

Wir stehen dafür ein, dass Antisemitismus, Homophobie, Rassismus in Deutschland keinen Platz haben, genauso wenig wie Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Wir brauchen weder Dschihadismus noch Hetze gegen Muslime. Wir können auf die Stärke und Ausstrahlungskraft unserer freien und vielfältigen Gesellschaft vertrauen.

### WIR FORDERN UNTER ANDEREM:

- » ein Migrations- und Integrationsministerium auf Bundesebene mit ausländer- und asylrechtlichen Kompetenzen.
- » ein modernes Einwanderungsgesetz, das – jenseits des Asylrechts – klare Regeln für Menschen setzt, die aus anderen Ländern zu uns kommen und hier ihre Chance auf Arbeit und Auskommen suchen.
- » kommunale Integrationscenter in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Sie sollen Geld, Kompetenzen, Know-how und Engagement von Hauptberuflichen, Ehrenamtlichen und Flüchtlingen selbst an einem Platz vereinen und professionelle Integrationsstrukturen aufbauen.
- » eine bessere Arbeitsmarktintegration u. a. durch die Abschaffung der Vorrangprüfung und ein Bleiberecht während der Ausbildung. Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen als Integrationsteams zusammenarbeiten und mehr Qualifizierungsmaßnahmen anbieten.

- » eine Bildungsoffensive des Bundes, die die frühkindliche, schulische, berufliche und hochschulische Bildung umfasst. Alle Lernorte müssen die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln. Dies bedeutet mehr Fachkräfte, ausreichend Räume und Materialien und mindestens eine Milliarde mehr pro Jahr vom Bund für die Länder. Dazu gehört der einklagbare Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung auch für die über dreijährigen Kinder, von Flüchtlingen wie für alle anderen.
- » Wegfall des Kooperationsverbotes, das es dem Bund verbietet, im Bildungsbereich Länder und Kommunen zu unterstützen.

Der Bund soll in den nächsten fünf Jahren wenigstens 20 Milliarden Euro in Integrationsmaßnahmen investieren. Dazu braucht es keine Steuererhöhungen. Benötigt wird das Geld für schnellere Aufnahmeverfahren und rascheren Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, Bildung und um den Zugang zu Arbeit oder Ausbildung zu ermöglichen.



Abgeordnete und Gäste unterbrechen ihre Europa-Debatte, um ein Zeichen zu setzen für ein Europa ohne Abschottung. Quelle: Redaktion

Merkel, Gabriel und Schäuble national egoistisch. Sie haben zwar Rettungsprogramme aufgelegt, aber diese so gestaltet, dass die Wirtschaft der Krisenländer in einer jahrelangen Rezession festgehalten wird. Da hat Deutschland viel europäischen Kredit verspielt.

**Katrin:** Die Krise Europas geht tief. Daran haben viele Nationalstaaten mit ihrem Egoismus eine große Mitschuld. Einige Mitgliedsländer haben Europa in der Flüchtlingsfrage ihre Solidarität aufgekündigt, auch bei uns stellen viele ihre proeuropäische Haltung in Frage. Europa wird aber gebraucht! Es ist das bislang beste Projekt gegen den Rückfall in nationalistische Egoismen und deren altbekannte Gefahren, wie sie unser Kontinent mehr als bitter erlebt hat.

Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass die europäische Integration ein historischer Erfolg ist und ein hohes Gut! Wir dürfen nicht nachlassen, für ein gemeinsames Europa zu kämpfen, auch wenn die Interessen nicht immer leicht zu vereinbaren sind. Ganz überwiegend funktioniert die europäische Politik gut: Auf die Habenseite gehören u.a. das Erasmus-Programm und die neue Bankenaufsicht. Die Atomverhandlungen mit dem Iran ebenfalls. Im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher ist die Senkung der Roaming-Gebühren. Es gibt überall konkrete politische

Erfolge, die dürfen wir uns nicht kleinreden lassen.

**Toni:** Richtig! Ein funktionierendes Europa ist das Modell, mit dem es uns gelingen kann, die wirtschaftliche Globalisierung in soziale und ökologische Bahnen zu lenken. Wir dürfen das nicht aufgeben. Da liegt auch eine wichtige Aufgabe für uns Grüne: Europa gut erklären und gegen die rechtspopulistische Verunglimpfung verteidigen. Entscheidend dafür ist es, die schwelende Wirtschaftskrise zu überwinden und ein nachhaltiges Modell mit einer gleichgewichtigeren Entwicklung zu etablieren: ein europäischer Green New Deal. Wir müssen dafür sorgen, dass in den Krisenstaaten Portugal, Spanien, Griechenland, zum Teil auch Italien und Frankreich ein nachhaltiger Aufschwung in Gang kommt. Dazu brauchen wir mehr Investitionen in Zukunftssektoren wie ökologische Landwirtschaft und erneuerbare Energien.

➤ **Profil:** Welche Schwerpunkte werden 2016 eure Oppositionspolitik im Bundestag bestimmen?

**Toni:** In der ersten Hälfte dieser Wahlperiode haben wir eine Reihe von Themenfeldern besetzt und gesetzt, die unser grünes Profil gut verdeutlichen: die Energiewende entschlossen und schnell zu Ende führen bis zum

Geld wird auch gebraucht, um wieder mehr bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Hierfür schlagen wir unter anderem eine neue Konzeption der Wohnungseigentümerschaft vor. Auch in Gewaltschutzkonzepten und zivilgesellschaftlicher Prävention muss mehr Geld fließen. Wir brauchen darüber hinaus mehr Polizistinnen und Polizisten und Verwaltungsangestellte – auch mit Migrationshintergrund.

Integration gelingt, indem wir engagiert Unterstützung leisten. Wir können sie uns leisten, ohne die Bürgerinnen und Bürger stärker zu belasten. Wir können es uns nicht leisten, sie zu unterlassen.

Den vollständigen Beschluss finden Sie unter [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » [Fraktion](#) » [Beschlüsse](#).

## BESCHLUSS KLIMASCHUTZ: KLIMASCHUTZ INS GRUNDGESETZ

Die Klimakrise ist die größte ökologische Herausforderung unseres Jahrhunderts. Sie verursacht immer mehr Wetterkatastrophen, zerstört unsere Lebensgrundlagen und verschärft Kriege, befeuert die globale Ungerechtigkeit und zwingt Millionen Menschen, ihre Heimat zu verlassen.

Die Weltgemeinschaft hat mit dem Klimaabkommen von Paris eine wichtige Etappe für den Klimaschutz erreicht. Die Botschaft an die Welt ist eindeutig: Raus aus den fossilen, rein in die Erneuerbaren. Der Ausbau der Atomkraft mit ihrem Risiko, ihren Folgeproblemen und ihren immensen Kosten ist dazu keine Alternative. Der neue Weltklimavertrag setzt gute Ziele. Er bringt die Hoffnung auf eine klimaneutrale Wirtschaft zurück in die Köpfe und Herzen der Menschen.

Als viertgrößtes Industrieland der Welt hat Deutschland eine herausragende Verantwortung für den Klimaschutz. Unsere Voraussetzungen dafür sind besonders gut. Unser Land ist wirtschaftlich stark und technologisch hoch entwickelt. Die Energiewende, jahrelang angetrieben durch grüne Politik in Bund und Ländern, hat erneuerbare Energien global marktreif, effizient und günstig gemacht. Als erstes führendes Industrieland hat Deutschland den Atomausstieg beschlossen und kann damit beispielgebend sein für eine vollständige Energiewende. Auch in vielen anderen Umwelttechnologien sind wir führend und verfügen über die Mittel, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

Weltweit steigen nun jedoch immer mehr Staaten auf Erneuerbare um und stellen mit ihrer Dynamik Deutschland in den Schatten. Und leider fehlt der derzeitigen Bundesregierung der politische Wille zu mehr Klimaschutz.

Klimaschutz muss rechtlich verbindlich festgelegt werden. Deutschland braucht eine CO<sub>2</sub>-Bremsen im Grundgesetz, damit Klimaschutz – wie der Tierschutz – als Verfassungsziel

verankert wird. Das hilft unabhängig von Legislaturperioden, die Paris-Klimaziele national umzusetzen. Ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz muss her, das bis 2050 jährliche Zielvorgaben für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft festlegt und mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen versieht.

### WICHTIGE ECKPUNKTE:

- » Kohleausstieg in den nächsten 15 bis 20 Jahren und konsequenter Übergang in die Erneuerbare Stromversorgung
- » Weg vom Öl im Straßenverkehr in den nächsten zwei Jahrzehnten und Einstieg in grüne Mobilität
- » Ein klimaneutraler Gebäudebestand in den nächsten 25 Jahren durch Faire Wärme mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz
- » Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung und Einstieg in eine grüne Landwirtschaft

Ziel 100 Prozent Erneuerbare. Eine Agrarwende einleiten – weg von der Massentierhaltung und hin zu einer grünen Landwirtschaft. Mehr investieren in die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Außerdem wollen wir fairen freien Handel, nicht schlechte Handelsabkommen wie TTIP und CETA.

**Katrin:** Ganz oben auf unserer Agenda steht, digitale Bürgerrechte gegen Massenüberwachung zu verteidigen, natürlich Klimaschutz und eine nachhaltige internationale Entwicklung voranzubringen, auch als Bekämpfung von Fluchtursachen. Und eine humanitäre Flüchtlingspolitik, verbunden mit einer erfolgreichen Integrationspolitik. Ein weiterer Schwerpunkt wird eine neue Familien- und Arbeitszeitpolitik sein, um Beruf und Leben besser vereinbaren zu können. Und der Weg zu einer gerechteren Gesellschaft wird uns beschäftigen. Das Ziel muss sein, für alle ein gutes und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und nicht, gesellschaftliche Gruppen von Zugängen und Teilhabe abgehängt zu lassen. Wir müssen Antworten geben auf die konkreten Sorgen der Menschen. Das gilt unter anderem für die Pflegepolitik und die Gesundheitspolitik, das betrifft auch das gute Leben im Alter. Daran arbeiten wir.

**Toni:** Es muss uns kümmern, was die arbeitende Bevölkerung in der Tasche hat. Deshalb gehört eine faire Steuerpolitik genauso dazu wie faire Löhne durch eine Stärkung des Tarifsystems. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich ist ein wachsendes Problem. Viele Menschen klagen darüber, dass es zunehmend schwierig wird, Beruf, Familie, Weiterbildung und eine gesunde Erholung unter einen Hut zu bekommen. Das sind keine Lappalien, da muss man was tun.

### Profil: Wo versagt die große Koalition aus eurer Sicht besonders?

**Toni:** Wir haben unsere Schwerpunkte nicht von ungefähr gewählt. Es sind genau die Felder, in denen die große Koalition keine gute Arbeit macht. Beim fairen Handel passiert einfach gar nichts. Deutschland exportiert zum Beispiel immer noch massenhaft Fleisch und Agrarprodukte in Teile Afrikas – zugunsten unserer Exportindustrie und zulasten der dortigen kleinbäuerlichen Wirtschaft. Zu TTIP und CETA stehen sowohl Gabriel als auch Merkel uneingeschränkt. Beide Abkommen gefährden aber in ihrer derzeitigen Form unsere sozialen und ökologischen Standards. Außerdem setzen sie die demokratische Gesetzgebung im Interesse internationaler Investoren unter den Druck einer

Paralleljustiz. Das ist eine schlechte Variante der Globalisierung, von der wir wegkommen müssen.

**Katrin:** Einen gewissen Respekt verdient die Kanzlerin für die Prinzipienfestigkeit, mit der sie eine Obergrenze für unser Asylrecht ablehnt. Sie müsste aber zugleich dafür sorgen, dass wir die Integration der vielen Menschen auch wirklich hinbekommen, statt sich von ihren Ministern Schäuble oder de Maizière auf der Nase herumtanzen zu lassen. Und immer wieder dreht die große Koalition an der Schraube, das Asylrecht zu verschärfen, statt die nötigen Weichen für eine gelingende Aufnahme und Integration zu stellen. Dazu würde auch gehören, unter anderem die Mittel an Länder und Kommunen deutlich aufzustocken.

**Toni:** Die Energiewende kann unter der großen Koalition nicht gelingen. Die Entwicklung der Erneuerbaren würgt sie ab, den Kohleausstieg verzögert und verstopft sie. Auch die Chance auf eine ökologische Modernisierung der deutschen Wirtschaft wird vergeben. Die Autoindustrie zum Beispiel nimmt lieber Täuschung und Skandale in Kauf, als ihren falschen Technologiepfad zu verlassen. Der zuständige Minister fällt als Aufklärer aus und als Modernisierungstreiber erst recht. Dabei ist grüne Mobi-

lität eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Die Bilder von abgasverseuchten Städten wie Peking oder Neu-Delhi gehen doch um die ganze Welt! Das sind riesige Zukunftsmärkte, deren Entwicklung Deutschland gerade verschläft. Ganz besonders dramatisch sind die Versäumnisse der Koalition im Agrarbereich. Die Massentierhaltung mit all ihren schrecklichen Auswüchsen wächst ungebremst weiter. In Deutschland werden jährlich über 100.000 Tonnen Pestizide verkauft, jedes Jahr wird mehr davon auf deutschen Äckern ausgebracht. Das Zeug zerstört die Artenvielfalt, verschmutzt das Grundwasser und landet am Ende auf unseren Tellern. Wir brauchen ein Programm zur Pestizidreduktion. Aber das ist für die Gro-Ko kein Thema.

**Katrin:** Bei den Bürgerrechten ist die Bilanz genauso verheerend. Nie zuvor haben Geheimdienste und Internetkonzerne so umfassend ausgespäht wie heute. Und diese Koalition hat nicht die Kraft für die beherzten Modernisierungen, die unser Land jetzt braucht! Das werden wir weiter herausarbeiten, Thema für Thema, Stück für Stück. Zum Ende dieses Jahres werden unsere Konzepte vorliegen, mit denen wir Deutschland voranbringen.

**Profil:** Wir danken euch für das Gespräch.

Ein Sofortprogramm zum Klimaschutz soll neuen Schwung bringen. Um den notwendigen Wandel zu befördern, brauchen wir ein Maßnahmenprogramm für die Bereiche Energie/Strom, Industrie, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft, begleitet von einer gestärkten Energie- und Klimaforschung.

Der Kohleausstieg muss jetzt beginnen. Wir wollen das international anerkannte, aber von der Bundesregierung ignorierte Instrument der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte nutzen.

Außerdem gilt es, den europäischen Emissionshandel zu reformieren. Dazu müssen zwei Milliarden überschüssige Zertifikate vom Markt. Bis zur Einführung eines europäischen Mindestpreises für CO<sub>2</sub> soll Deutschland vorangehen und national einen Mindestpreis einführen.

Die Zukunft fährt elektrisch – mit erneuerbarem Strom und intelligent vernetzt. Wir wollen mit einer Investitions-offensive „Grüne Mobilität“ den Bahnverkehr stärken und neben dem Deutschlandtakt im Schienenverkehr alle Verkehrsangebote nahtlos und nutzerfreundlich miteinander

verknüpfen. Elektromobilität soll auch auf die Straße kommen: Eine Kaufprämie für die Anschaffung von E-Mobilen soll dabei helfen, ebenso wie besondere Anreize für Busse, Nutzfahrzeuge und Taxen.

Mit einem runderneuten Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) nach dem Vorbild Baden-Württembergs wollen wir bundesweit für bestehende Gebäude eine Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Wärme einführen. Das Paket „Faire Wärme“ soll die neuen Auflagen mit Förderprogrammen flankieren und so für den nötigen sozialen Ausgleich sorgen.

Wir brauchen eine standortangepasste, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die mehr Klimagase bindet als freisetzt. Klimaschonende Landwirtschaft setzt auch auf den Verzicht von industrieller Massentierhaltung und auf weniger Pestizide und Chemiedünger.

Noch fließt zu viel Geld in fossile Industrien. Wir brauchen eine systematische Begründung des gesamten Finanzsystems. Ökologisch und ökonomisch führt an einem Divest-

ment, dem Abzug von Kapital, aus fossilen Energien kein Weg vorbei. Es muss volle Transparenz über die Klimawirkung von Investitionen hergestellt werden, damit Anleger wissen, wohin ihr Geld fließt und wie stark Unternehmen klimaschädliche Gase emittieren. Außerdem wollen wir, dass sich Banken im öffentlichen Eigentum wie Sparkassen und Landesbanken am Divestment beteiligen.

Den vollständigen Beschluss finden Sie unter » [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » **Fraktion** » **Beschlüsse**.



Wer den Klimawandel begrenzt, begrenzt auch einen Teil der Fluchtursachen der Zukunft, so PIK-Chef Prof. Hans-Joachim Schellnhuber in seinem Vortrag. Quelle: Redaktion

Woran arbeiten unsere Arbeitskreise gerade? Was ist im Parlament passiert? Das lesen Sie hier. Mehr dazu sowie weitere Themen, Positionen und grüne Initiativen finden Sie auf [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de).

## AUS DEM ARBEITSKREIS WIRTSCHAFT, FINANZEN & SOZIALES

### »» INTEGRATION IN ARBEIT

Eine große Herausforderung der kommenden Jahre wird sein, mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren (1). Sowohl eine Million Langzeitarbeitslose als auch die vielen nach Deutschland geflüchteten Menschen brauchen eine realistische Perspektive auf selbstbestimmte Teilhabe in unserer Gesellschaft. Neben Bildung ist Arbeit der dafür entscheidende Baustein. Die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Arbeitsmarktintegration sind gegenwärtig schlecht.

Bürokratische Verfahren müssen dafür vereinfacht und beschleunigt werden. Warteschleifen sind kontraproduktiv. Arbeitsagenturen und Jobcenter sollen darüber hinaus von Anfang an als Integrationsteams bei der Unterstützung der Geflüchteten zusammenarbeiten. Das reduziert Doppelarbeit und Leerläufe. Qualifizierungsmaßnahmen erleichtern Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Bereits existierende Instrumente müssen an die neuen Herausforderungen angepasst, ausgeweitet und je nach Bedarf mit Sprachkursen kombiniert werden können. Ein hoher Praxisanteil und verlängerte Ausbildungszeiten können die Erfolgsaussichten erhöhen.

### »» WOHLSTAND 2016

Wir leben deutlich über unsere ökologischen Verhältnisse. Das offenbart unser Wohlstandsbericht 2016. In Zusammenarbeit mit Dr. Roland Zieschank und Prof. Dr. Hans Diefenbacher haben wir Grüne im Bundestag einen neuen Wohlstandsbericht erarbeitet. Damit etablieren wir ein neues Berichtssystem, in dem neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen anhand acht messbarer Kriterien dargestellt werden. Der Wohlstandsbericht soll jährlich im Januar den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ergänzen.

Der erste Bericht für das Jahr 2016 offenbart Schiefenlagen und identifiziert Handlungsfelder: So wird Wohlstand in Deutschland trotz der Erfolge im Umweltschutz gerade durch die beiden Indikatoren der ökologischen Dimension negativ beeinträchtigt. Außerdem nahm die Ungleichverteilung der Einkommen seit 2005 stark zu. 2014 waren die Einkommen so ungleich verteilt wie noch nie seit 20 Jahren.

Dies sind zwei exemplarische Ergebnisse, die der Jahreswirtschaftsbericht mit seinem Fokus auf die Ent-



1 Neben Bildung ist Arbeit ein zentraler Punkt zur Integration geflüchteter Menschen.



2 Aus dem Erklärfilm zu unserer Studie „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“

wicklung des Bruttoinlandsprodukts ausblendet. Mit dem Wohlstandsbericht ist eine wissenschaftlich fundierte Diskussion der Wirkungen von Regierungsarbeit möglich. Wir haben die Bundesregierung deswegen aufgefordert, parallel zum Jahreswirtschaftsbericht einen Jahreswohlstandsbericht vorzulegen und damit die Wohlstandsentwicklung umfassender zu bewerten.

Unseren aktuellen Jahreswohlstandsbericht finden Sie auf [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Publikationen.

## AUS DEM ARBEITSKREIS UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT & VERKEHR

### »» SCHÖNER WOHNEN

Der soziale Wohnungsbau ist in der Krise: Die Nachfrage steigt, das Angebot geht rapide zurück. Das belastet die, die sowieso wenig haben: Studierende, Flüchtlinge, Familien. Bezahlbares Wohnen gehört aber zu den Grundlagen eines funktionierenden Gemeinwesens und ist ein wichtiger Schlüssel zur Integration.

Eine Studie im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion zeigt, wie wir mit einer „Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ Angebot und Nachfrage zusammenbringen (2): mit verlässlicher steuerlicher Förderung und finanziell und sozial nachhaltiger Rendite. Angesprochen sind private Vermieter, Genossenschaften und kommunale Träger. Indem wir Mittel für Fehlansätze, wie beispielsweise Share Deals, umleiten, nutzen wir öffentliches Geld für dauerhaft öffentliche Güter. Die Neue Wohnungsgemeinnützigkeit kann zu neuen und dauerhaft günstigen Wohnungen beitragen. So halten wir unsere Nachbarschaften lebendig und unsere Stadtviertel bunt.

### »» DAS AUTO DER ZUKUNFT FÄHRT GRÜN

Der Abgasskandal um überhöhte Stickoxidwerte bei Dieselaautos und im Falle von VW um illegale Motorssoftware markiert einen Wendepunkt in der Automobilpolitik. Stinker und Giftschleudern haben auf der Straße nichts mehr verloren. Deutschland muss weg von Diesel und Benzin und rein in alternative Antriebe. Die grüne Bundestags-

fraktion fordert „Weg vom Öl“ im Straßenverkehr. Jetzt muss es darum gehen, den Dieselskandal lückenlos aufzuklären. Wir erwarten von Minister Dobrindt klare Antworten. Was haben die Nachprüfungen 50 verschiedener Pkw auf Rollprüfstand und Straße ergeben? Wie kommen die Abweichungen zwischen Labor- und Straßentests zustande? Und wieso haben Verkehrsministerium und Kraftfahrt-Bundesamt jahrelang nichts sehen und nichts wissen wollen? Wir Grüne fordern den Verkehrsminister weiter auf, endlich Transparenz über das Ausmaß des Abgasskandals herzustellen und das Typzulassungsverfahren grundlegend zu reformieren.

### »» WER DEN ATOMMÜLL MACHT, MUSS ZAHLEN!

Klingt logisch und ist Rechtslage. Doch RWE, E.ON und Co. setzen alles daran, sich ihrer Verantwortung zu entziehen und die Kosten für AKW-Rückbau und Endlagerung auf den Steuerzahler abzuwälzen. Bisher hatten die Konzerne insgesamt rund 38 Milliarden Euro an Rückstellungen in ihren Bilanzen ausgewiesen, doch durch Unternehmensaufspaltungen und große Geschäftsverluste ist unsicher, ob sie auch wirklich für die Atomfolgekosten zur Verfügung stehen. Um die notwendigen Mittel verlässlich zu sichern, wurde deshalb im November 2015 von der Bundesregierung eine Expertenkommission eingesetzt, die unter Ko-Vorsitz von Jürgen Trittin bis Februar 2016 einen Vorschlag vorlegen soll. Wir fordern schon seit langem einen öffentlich-rechtlichen Fonds mit Nachschusspflicht. Das bedeutet, dass die Kon-

zerne nachzahlen müssen, falls die Rückstellungen im Fonds nicht ausreichen. Außerdem brauchen wir schnell ein Nachhaftungsgesetz, das sicherstellt, dass sich Konzerne nicht aus der Affäre ziehen können. Eben dieses Gesetz blockiert die Koalition aber momentan im Bundestag – gegen den Willen des Wirtschaftsministeriums.

## AUS DEM ARBEITSKREIS BÜRGERRECHTE & DEMOKRATIE, RECHTS- & GESELLSCHAFTSPOLITIK

### »» ZAHLENCHAOS BEI RECHTER GEWALT

Die Gewalt gegen Flüchtlinge steigt erschreckend an. 924 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte listet der Lagebericht des Bundeskriminalamts (BKA) für das Jahr 2015 auf – viermal so viel wie 2014! Darunter waren 163 Gewalttaten, hierunter 76 Brandanschläge. Tatsächlich ist die Lage aber noch viel schlimmer. Das brachte eine parlamentarische Anfrage der grünen Bundestagsfraktion ans Licht: Die Zahlen, die das BKA in seinem Lagebild veröffentlicht, stellen nur einen Teil des tatsächlichen Straftatenaufkommens dar. In seiner Datenbank „Delikte im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern“ hatte das BKA nämlich bereits im November 2015 nicht weniger als 1.610 Straftaten erfasst!

Darüber hinaus recherchiert die Zivilgesellschaft, wie DIE ZEIT im Dezember 2015, im Hinblick auf die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte deutlich höhere Fallzahlen als das BKA, nämlich 220 Gewalttaten, darunter 93 Brandstiftungen. Auch das



ist dem Bundesinnenminister in seiner Antwort auf unsere Anfrage (BT-Drs. 18/7000) nur ein Schulterzucken wert. Die Bundesregierung nimmt dieses Problem einfach immer noch nicht ernst genug. Dies gilt insbesondere für die Gewaltbereitschaft aus der angeblichen Mitte der Gesellschaft: Denn heute werden auch Biedermänner zu Brandstiftern. Die Bundesregierung verschließt schlichtweg die Augen davor, wie rechte Brandstifter mit PEGIDA, AFD und NPD zusammenwirken.

## » NEUER NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Der Bundestag hat einen zweiten Untersuchungsausschuss zum NSU eingesetzt. Die Frage nach dem Wissen und der Rolle des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit dem Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ steht im Zentrum des Untersuchungsauftrages. Für Bündnis 90/Die Grünen gehören Irene Mihalic als Mitglied und Monika Lazar als Stellvertreterin dem Ausschuss an.

Wir wollen genau ermitteln, zu welchem Zeitpunkt Bundesbehörden vom NSU und seinem Netzwerk wussten oder hätten wissen können. Der Verfassungsschutz hatte in den 1990er Jahren massiv V-Leute für die rechtsextreme Szene rekrutiert, um damit vorgeblich Radikalisierung und terroristische Gefahren schneller und besser erkennen zu können. Heute ist sich die Mehrheit der Fachleute einig, dass dieses Vorgehen den Rechtsextremismus eher finanziell und organisatorisch gestärkt hat. Genau hier setzt unsere Aufklärungsarbeit an. Wir wollen beispielsweise wissen, welche

finanzielle Unterstützung V-Leute bekommen haben und ob sie durch das Agieren der Sicherheitsbehörden rechtswidrig vor Strafverfahren geschützt wurden.

Im Untersuchungsausschuss geht es auch um Rückschlüsse auf die gegenwärtige Situation. Denn wir erleben erneut eine starke Zunahme rechtsextremer Gewalt. Heute wie damals ist die Analysefähigkeit des Bundesamts für Verfassungsschutz frappierend.

## AUS DEM ARBEITSKREIS INTERNATIONALE POLITIK & MENSCHENRECHTE

### » ZUKUNFTSWERKSTATT EUROPA

Die Vision von einem friedlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Europa, von enger Zusammenarbeit und einheitlichen Lebensverhältnissen ist kein politischer Selbstläufer. Zurzeit weniger denn je. Einmal mehr steht die EU vor außerordentlichen Herausforderungen: Hunderttausende Menschen suchen in Europa Schutz vor Krieg, Diktatur und Verfolgung. Griechenland befindet sich im fünften Jahr einer tiefen Krise. In vielen EU-Staaten erhalten europaskeptische und rechtspopulistische Parteien Zulauf. Oft setzen Regierungen auf nationale Egoismen statt auf gemeinsame Lösungen und europäische Solidarität. Die gegenwärtigen Regierungen in Ungarn und Polen stellen vereinbarte Grundwerte der EU offen in Frage, und der britische Premierminister lässt in diesem Jahr die Briten über die Zukunft Großbritanniens in der EU abstimmen.

Quelle: Corbis



3 Mut zur Veränderung – Ja zu Europa! Diskutieren Sie mit uns in der „Zukunftswerkstatt Europa“.

In der Geschichte der EU erwiesen sich tiefe Krisen oft als Chancen zum kollektiven Lernen und zum Überwinden von Stagnation und Blockaden. Fakt ist, dass kein Staat die zahlreichen Herausforderungen der Globalisierung allein bewältigen kann. Wir brauchen ein Europa, das zusammenhält, das Bürgerinnen und Bürger mitnimmt und wirksame Instrumente entwickelt, die den Aufgaben gerecht werden.

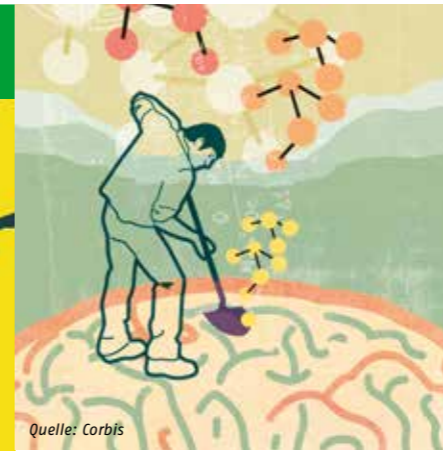
Wir Grüne im Bundestag sagen: „Mut zu Veränderung – Ja zu Europa“. (3) Das ist auch der Titel einer Konferenz am 4. März 2016 in Berlin, die wir gemeinsam mit der grünen Europafraktion veranstalten.

Auf dieser Konferenz wollen wir unsere Konzepte diskutieren, um sie im Dialog weiterentwickeln zu können. Wir fragen: Welche Veränderungen brauchen wir, damit die EU ausreichend krisenfest und handlungsfähig wird? In welchen

Bereichen muss es mehr europäische Kompetenzen und mehr gemeinsame Politik geben? Welche Instrumente brauchen wir, um die europäische Demokratie zu stärken? Wie können wir gemeinsam Millionen Menschen Schutz vor Krieg und eine Perspektive für ein besseres Leben bieten? Welche haushalts-, finanz-, sozial- und wirtschaftspolitische Koordinierung braucht es, um die Wirtschafts- und Währungsunion auf stabile Beine zu stellen? Wie kann die EU zum globalen Vorreiter für Klimaschutz und erneuerbare Energien werden und ihrer internationalen Verantwortung nachkommen, die Welt friedlicher zu machen und gerechter zu gestalten?

Wollen Sie Europa mitgestalten? Dann melden Sie sich an, unter:

» [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Termine



Quelle: Corbis

4 Forschung für den Wandel: grüne Vision für ein neues Innovationsverständnis.

## AUS DEM ARBEITSKREIS WISSEN, GENERATIONEN & GESUNDHEIT

### » FORSCHEN FÜR DEN WANDEL

Deutsche Innovationen genießen international einen guten Ruf. Das ist gut. Unser Innovationssystem kann und muss aber besser werden. Denn Innovationen sind mehr als Patente und Industriebeteiligungen. Wir wollen den Wandel hin zu Innovationen, mit denen wir unsere Lebensweise nachhaltig und sozial gestalten können (4).

Der Fraktionsbeschluss „Forschen für den Wandel“ skizziert die grüne Vision für ein neues Innovationsverständnis. Darin geht es um mehr Freiräume für Forschung und Wissenschaft, um gewagte Forschungs-ideen zu testen und disziplinäre Grenzen zu überschreiten. Unser Ziel ist eine gesellschaftlich breit verankerte Innovationskultur, die die ökologische und soziale Modernisierung beflügelt und eine Zeitenwende hin zu mehr Nachhaltigkeit einläutet.

Dazu müssen Forschungsförderprogramme neu ausgerichtet werden auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Auch gilt es, Wissenschaft als Beruf attraktiver zu machen. Denn Forscherinnen und Forscher sind das stärkste Pfund für Innovation. Ebenso muss der Ideenreichtum von kleinen und mittelständischen Unternehmen stärker finanziell gefördert werden.

### » LASTEN FAIR TEILEN

Seit Anfang 2016 sind die durchschnittlichen Beiträge für Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung so hoch wie nie zuvor – trotz bislang guter Konjunktur und guter Arbeitsmarktlage. Die steigenden Beiträge sind in erster Linie die Quittung für die mutlose Gesundheitspolitik der großen Koalition. Sie hat die Ausgaben der Krankenversicherungen durch teure Geschenke anwachsen lassen, ohne auch nur eine einzige grundlegende Strukturreform auf den Weg zu bringen.

Und sie hat sich nicht um eine gerechte und stabile finanzielle Basis für unser Gesundheitswesen durch eine Bürgerversicherung gekümmert. Die finanziellen Lasten dieser Politik tragen durch die Zusatzbeiträge vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Arbeitgeberanteil an den Krankenversicherungsbeiträgen ist gesetzlich eingefroren. Anders als die große Koalition wollen wir die Kosten der Krankenversicherung wieder zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fair teilen und die paritätische Finanzierung wiederherstellen.

# VOM GEBEN UND NEHMEN

## NEUORDNUNG LÄNDERFINANZAUSGLEICH

An die Stelle des direkten Finanzausgleichs der Länder untereinander soll ein neues System zur Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern treten. Wird die vom Grundgesetz geforderte Solidarität zwischen den Ländern nicht mehr benötigt?

Von Anja Hajduk

Nicht nur Kinder hadern, wenn sie ihre Süßigkeiten teilen müssen. Wenn es ums Geben und Nehmen geht, tun sich auch die Erwachsenen schwer. Bei dem Kuchen, den die Bundesländer jetzt untereinander aufzuteilen haben, geht es um die Steuereinnahmen – ein dicker Brocken. Eine Neuordnung ist nötig, da die jetzigen Regelungen Ende 2019 auslaufen. Deshalb ist es ein Erfolg, dass sich die Länder Anfang Dezember auf einen Kompromiss einigen konnten. Ausgestanden ist die Sache damit aber noch nicht, denn der Bund muss noch zustimmen. Nach dem Vorschlag der Länder würden sie mit jährlich 9,7 Milliarden Euro gut eine Milliarde Euro mehr erhalten, als der Bund angeboten hat. Diese Differenz sollte aber letzten Endes nicht den Ausschlag geben. Entscheidend ist vielmehr, den Ländern damit möglichst bald eine solide Finanzplanung zu ermöglichen, damit sie ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse einhalten können.

### FÖDERALISMUS WIRD GESCHWÄCHT

Zuletzt kursierten zwei konkurrierende Modelle: Das eine stammte von den SPD-geführten, das andere von CDU/CSU-geführten Ländern. Die jetzige Einigung basiert auf dem Vorschlag der CDU/CSU und bedeutet einen weitreichenden Systemwechsel. Positiv zu bewerten ist die Abschaffung des alten Umsatzsteuervorwegausgleichs, weil dies das System vereinfacht. Die dadurch geschwächten Ost-Länder werden durch eine ehrlichere Einbeziehung der Gemeindefinanzkraft und neue Ergänzungszuweisungen für unterdurchschnittliche Gemeindefinanzkraft angemessen und rechtssicher unterstützt. Auch die separaten Zinshilfen für Bremen und das Saarland sind notwendig und richtig.

Kritisch ist jedoch, dass diese Lösung den Länderfinanzausgleich im eigentlichen Sinne abschafft. Mit der vorgesehenen Streichung des Artikels 107 Absatz 2 ist zudem eine Änderung unseres Grundgesetzes verbunden. Die Solidarität unter den Ländern wird damit abgebaut und dem Bund zugeschoben. Das schwächt den Föderalismus und erhöht die Abhängigkeit der Länder vom Wohlwollen des Bundes. Auch aus juristischer Sicht ist die Sache knifflig. Denn die bisherige Rechtsprechung bezieht sich seit Jahrzehnten auf eben diesen Artikel, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu garantieren. Der Absatz verpflichtet die Länder, füreinander einzustehen, und ist somit Kernbestand unseres föderalen Systems. Dass man sich davon im Sinne einer Einigung verabschieden will, sehen wir mit Sorge.

### BAYERN IST DER GEWINNER – STRUKTURREFORMEN BLEIBEN AUS

Vertan wurde auch die Chance auf notwendige Struktur-reformen. Zum Beispiel die Steuerverwaltung stärker zu zentralisieren und das Kooperationsverbot bei der Bildung aufzuheben. Für eine Altschuldenlösung der Länder und Kommunen (!) wäre ein strategisches Vorgehen erforderlich, denn die Kluft zwischen reichen und armen Gemeinden wächst weiter.

Was die Länder trotzdem für die Kompromisslösung eingenommen hat, liegt auf der Hand: Kommt es wie geplant, profitieren alle von dem Vorschlag und verbessern sich gegenüber dem Status quo – kein Wunder, da der Bund eine gehörige Summe beizutragen hätte. Allerdings sind die Kuchenstücke nicht für jedes Land gleich groß. Bayern als ohnehin finanzstarkes Land wäre der uneingeschränkte Gewinner dieser Reform, das ist wenig überzeugend. Der große Wurf, um die Bund-Länder-Financen transparenter und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer zu machen, ist also ausgeblieben. Was wir eigentlich brauchen, ist eine Finanzreform, die auf gerechte Weise gewährleistet, dass Bund, Länder und Kommunen ihre gesellschaftlichen Aufgaben bewältigen können. Und die sicherstellt, dass sie die Herausforderungen, etwa bei der Integration und der Bildung, finanzieren und meistern können. Mit diesem Anspruch werden wir den Vorschlag der Länder im Bundestag kritisch beraten.

### WORAUF SICH DIE LÄNDER IM KERN GEEINIGT HABEN:

- » Abschaffung des Umsatzsteuervorwegausgleichs sowie des horizontalen Länderfinanzausgleichs
- » Stattdessen Zu- und Abschläge auf die Umsatzsteuer
- » Die Gemeindesteuerkraft wird stärker berücksichtigt
- » Extra-Zuweisungen des Bundes an finanzschwache Kommunen
- » Saarland und Bremen bekommen Zinshilfen
- » Alle Länder bekommen mehr, jedoch unterschiedlich viel
- » Das kostet den Bund 9,6 Milliarden Euro ab 2020

ANJA HAJDUK MDB  
Parlamentarische  
Geschäftsführerin





## KORDULA SCHULZ-ASCHE

1983 bis 1985 Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus

2003 bis 2013 Abgeordnete im Hessischen Landtag

2005 bis 2013 Landesvorsitzende in Hessen

seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages,

Sprecherin für Prävention und  
Gesundheitswirtschaft sowie für  
Bürgerschaftliches Engagement

Gerechtigkeit ist ihre Triebfeder, zwölf Jahre in Afrika haben die Gesundheitspolitikerin Kordula Schulz-Asche geprägt.

# WILD TANZEN

Von Susanne Sporrer

Die blonde Frau auf dem Foto lächelt, als die Polizisten sie von der Sitzblockade wegtragen. „Meine wilden Berliner Jahre“, kommentiert Kordula Schulz-Asche die Schwarzweißaufnahme. Es waren die 80er-Jahre, als sie die Alternative Liste mit gründete. Bald darauf zog sie ins Berliner Abgeordnetenhaus ein und wurde die jüngste Fraktionsvorsitzende der deutschen Parteigeschichte. 30 Jahre später sitzt Kordula Schulz-Asche wieder in einem Berliner Parlament, diesmal als hessische Abgeordnete im Bundestag. Dazwischen verbrachte sie einige Jahre in Afrika, bis sie sich mit ihrem Mann in Eschborn bei Frankfurt niederließ. Vieles hat sich verändert in diesen Jahren, doch eines ist gleich geblieben: „Mir geht's eigentlich immer um Gerechtigkeit“, sagt die 59-Jährige und beginnt, offen und mit Witz aus ihrem Leben zu erzählen.

„Die ganze Stadt war hochpolitisiert, dem konnte man sich kaum entziehen“, schildert sie die Stimmung in Westberlin Ende der 70er-Jahre. Auch in ihrer Familie, in der stets von Besuch belagerten Zwei-Zimmer-Wohnung in einem Arbeiterviertel in Spandau, wurde immerzu diskutiert. „Mein Vater hat mich angestachelt, alles infrage zu stellen – seine Lehre aus dem Faschismus.“ Kordula Schulz-Asche sucht früh nach einer politischen Heimat. Doch die K-Gruppen sind ihr bald zu ideologisch, die Gewerkschaft zu dröge, die Spandauer SPD – ein langweiliger Altherrenverein. In ihrer Krankenschwester-Ausbildung kommt sie in Kontakt mit den Vorläufern der Westberliner Grünen. Dort findet sie nicht nur Gehör für ihre gesundheitspolitischen Anliegen, sondern auch ihren Mann. Den Sozialwissenschaftler führt sein Job bald als Regierungsberater nach Burkina Faso. Sie, die inzwischen Kommunikationswissenschaften studiert, geht begeistert mit und wird Entwicklungshelferin in der Gesundheitsvorsorge. Mehr als zwölf Jahre lebt sie mit Mann und Tochter in Afrika. Mit leuchtenden Augen erzählt sie von menschlichen Begegnungen, den Fahrten im Pickup durch die Savanne. Angst machte ihr das nicht.

„Wenn man in einer anderen Kultur lebt, relativiert sich vieles.“ Eine bleibende Erinnerung ist der Beginn des Völkermordes in Ruanda. Während ihre Familie evakuiert wurde, wurden einige Arbeitskollegen getötet und andere selbst zu Tätern. 1998 kehrt die Familie endgültig nach Deutschland zurück. In Hessen führt Roland Koch gerade seine ausländerfeindliche Kampagne gegen das Zuwanderungsgesetz. Grund genug für die Rückkehrerin, gleich bei den Grünen einzusteigen. „An unseren Stand kamen Leute und fragten, wo sie gegen Ausländer unterschreiben könnten“, erinnert sie sich. „Da wäre ich am liebsten gleich wieder ausgewandert.“ Doch sie bleibt und ihre zweite politische Karriere nimmt ihren Lauf: 2003 wird sie in den Wiesbadener Landtag gewählt.

Das Thema, das sie durch ihre gesamte Laufbahn begleitet, ist die Gesundheitspolitik. „Statt immer nur die Krankheiten zu sehen, sollten wir uns mehr darum kümmern, dass die Menschen gesund bleiben“, sagt die Sprecherin für Prävention und Gesundheitsförderung. „Das hat viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.“ In der Bundestagsfraktion ist Kordula Schulz-Asche auch für bürgerschaftliches Engagement zuständig. „Man quatscht nicht nur, sondern tut auch was“, hieß es bei uns zu Hause“, sagt sie. Freiwilliges Engagement ist auch für sie selbstverständlich. Die vielen Freiwilligen, die sich heute um Geflüchtete kümmern, würdigt sie als „Heldinnen und Helden der Demokratie“. Doch der Staat müsse mehr für sie tun. Freiwilligenagenturen zum Beispiel könnten das ehrenamtliche Engagement unterstützen.

Im Abgeordnetenbüro von Kordula Schulz-Asche lenkt wenig von der Arbeit ab. Hinter ihrem Schreibtisch steht ein Fahrrad und im Regal finden sich Andenken aus ihren Lebensstadien. Was macht sie außer der Politik? „Das gibt es gar nicht“, antwortet sie wie aus der Pistole geschossen. Dann fällt ihr doch etwas ein: Soukous. „Zu Partys bringe ich gern eine CD mit dieser kongolesischen Discomusik mit.“ Denn „wild tanzen“ tut sie für ihr Leben gern.



## » LANDWIRTSCHAFT TOTAL

Katrin Göring-Eckardt kocht bei der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin, Anton Hofreiter empfängt im Hotel Savoy – alle grünen AgrarpolitikerInnen sind im Einsatz für die Agrarwende. Unsere Ziele: gesundes Essen ohne Giftcocktail auf die Teller zu bringen; Wiesen wieder bunt und Böden wieder fruchtbarer zu machen sowie die Tier- und Pflanzenwelt vielfältig. Für diese Themen waren wir im Januar unterwegs.

Bei der Demo „Wir haben es satt“, bei unserer Agrarkonferenz und beim Parlamentarischen Abend stand ein Thema im Mittelpunkt: die Reduzierung des Pestizideinsatzes. „Wir alle sind Leidtragende“, so Anton Hofreiter, „Glyphosat ist das am häufigsten in Deutschland verwendete Ackergift.“ Die Weltgesundheitsorganisation hat das Pflanzengift als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Dennoch werden allein fünf Millionen Liter des reinen Wirkstoffes pro Jahr auf unsere Felder ausgebracht. Das Gift gelangt also vom Acker in die Lebensmittel und so in unsere Körper.

Das lässt sich nur mit ökologischem Landbau ändern, und für den setzen wir Grüne im Bundestag uns weiter ein.



Quelle: Redaktion

## » CHANCEN JUNGER FLÜCHTLINGE VERBESSERN

„Kommt man als junger Flüchtling in Deutschland an, gleichen die Zukunftschancen einer Lotterie“, sagt der junge Syrer Khaled Davrisch. Als Hauptredner unserer Tagung zur Situation geflüchteter Kinder und Jugendlicher im Dezember in Berlin berichtete Davrisch von der Willkür der Ämter, die allzu oft über die Lebenschancen geflüchteter junger Menschen entscheidet. So musste er nach der gefährlichen Flucht aufgrund der Residenzpflicht zunächst fünf Jahre von Mutter und Geschwistern getrennt leben und aufwachsen.

Katrin Göring-Eckardt in ihrer Eröffnungsrede: „Ein Drittel der syrischen Flüchtlingskinder ist traumatisch belastet. Es fehlen geeignete Angebote, um Kinder und Jugendliche aufzufangen und zu unterstützen. Zu den fluchtbedingten Traumata kommen anhaltende krankmachende Belastungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen hinzu.“ Die grünen Bundestagsabgeordneten Katja Dörner, Franziska Brantner und Luise Amtsberg forderten auf der Tagung: Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, Asylverfahren beschleunigen und die vielen ehrenamtlich engagierten Menschen entlasten!

Deutschland investiert seit Jahren viel zu wenig in Bildung. Dabei ist die Investition in Bildung nicht nur für diese geflüchteten jungen Menschen, sondern für alle in unserem Land von unschätzbarem Wert. Wir fordern daher eine breite Bildungsoffensive für alle. Dann kann die Integration gelingen.

Dazu passt der Wunsch des jungen Syrers Khaled Davrisch. Er wünscht sich eine beschleunigte Aufnahmeprozedur, Integrationskurse für alle und eine langfristige Perspektive für junge Geflüchtete – dann könnten sie motiviert zur Schule gehen.

Mehr zum Schwerpunkt Flüchtlingspolitik und Einwanderung finden Sie unter » [fluechtlinge-schuetzen.gruene-bundestag.de](http://fluechtlinge-schuetzen.gruene-bundestag.de)



Quelle: Redaktion

## » EINE ROSE FÜR RENATE

Es gab eine englische Rose und natürlich mittelenglische Umgangsformen. Nur ein Prinz fehlte zunächst noch beim Geburtstagsempfang für Renate Künast. Als Ministerin plauschte sie 2001 mit Prinz Charles über Kreislaufwirtschaft, spazierte mit ihm durch den Küchengarten und sein Buchenwäldchen in Highgrove.

Das ist nur eines von vielen Highlights, an das sich Gäste wie Frank-Walter Steinmeier anlässlich ihres 60. Geburtstags erinnerten. Doch statt zurückzublicken, denkt Renate Künast lieber an die unerledigten Aufgaben und hat sich deshalb eine politische Geburtstagsrede gewünscht. Mit Felix Prinz zu Löwenstein fand sich schließlich gerade noch rechtzeitig der fehlende Prinz ein. Er hielt ein flammendes Plädoyer für einen nachhaltigen Umgang mit unserer Natur, und wir hoffen und wünschen, dass Renate Künast nie müde wird, sich dafür einzusetzen.

## TERMINE

Eine Auswahl. Mehr unter:  
[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Termine

### MODELLE DER SOLIDARISCHEN FINANZIERUNG DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS

Fachgespräch am 22.02.16 in Berlin  
AK 2 Koordination, TEL 030/227 59406  
[ak2@gruene-bundestag.de](mailto:ak2@gruene-bundestag.de)

### GRÜNE FÖRDERN NEUE IDEEN

Fachgespräch am 26.02.16 in Berlin  
AK 1 Koordination, TEL 030/227 51121  
[ak1@gruene-bundestag.de](mailto:ak1@gruene-bundestag.de)

### GRÜNE ZUKUNFTSWERKSTATT EUROPA

Konferenz am 04.03.2016 in Berlin  
AK 4 Koordination, TEL 030/227 58943  
[ak4@gruene-bundestag.de](mailto:ak4@gruene-bundestag.de)

### JUNG. QUEER. GLÜCKLICH?!


Konferenz am 18.03.2016 in Berlin  
AK 5 Koordination, TEL 030/227 51066  
[ak5@gruene-bundestag.de](mailto:ak5@gruene-bundestag.de)


## ONLINE


Tagesaktuelle Informationen, die  
neuesten Fraktionsbeschlüsse,  
Initiativen, Bundestagsreden, Videos  
finden Sie auf » [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de)

Neues und Wissenswertes liefern  
unsere Newsletter.


Ihre Anregungen, Kommentare, Ideen  
und Fragen können Sie uns auch über  
die sozialen Netzwerke schicken:

 Folgen Sie uns auf Twitter:  
[twitter.com/GrueneBundestag](https://twitter.com/GrueneBundestag)

 Werden Sie Fan bei Facebook:  
[facebook.com](https://facebook.com) » Bündnis 90/  
Die Grünen Bundestagsfraktion

 Die Fraktion bei Google+:  
[google.com/+GrueneBundestag](https://google.com/+GrueneBundestag)

 Der grüne Kanal bei YouTube:  
[youtube.com/gruene](https://youtube.com/gruene)

 Unsere Fotos bei flickr:  
[flickr.com/gruene-bundestag](https://flickr.com/gruene-bundestag)

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der  
Bundestagsfraktion. Sie erscheint  
vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50  
Euro und kann unter nebenstehender  
Adresse bestellt werden.

## PUBLIKATIONEN

Eine Auswahl. Mehr unter:  
[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Publikationen

### FLYER

Grüner Land .....18/46  
Faire Wärme .....18/51  
Bildungsgerechtigkeit..... 18/54

### POSTKARTE

Verkohlt uns nicht .....18/49  
Sackgasse Pestizide .....18/50  
Mein Pelz gehört mir ..... 18/52

### READER

Wohlstandsbericht 2016 ..... 18/55

### STUDIEN

- » Gentechnik-Tiere: Risiko für  
Mensch und Umwelt
- » Pestizide in ökologisch und kon-  
ventionell produzierten Lebens-  
mitteln

Bestellungen an:  
Bündnis 90/Die Grünen Bundestags-  
fraktion, Versand, 11011 Berlin  
oder per E-Mail:  
[versand@gruene-bundestag.de](mailto:versand@gruene-bundestag.de)

